direkt

Der Info-Dienst der IG Metall

Nr. 2 | 30. Januar 2008
D 13470

DIE SPITZE

Tierischer Ernst

»Wir sin jeck, Trumm eruss us dem Versteck.« Die Karnevals- alias Faschingssaison ist da. Hurra. Karnevalisten sind ja große Traditionalisten. Der Aachener Karnevalsverein verlieh dieses Jahr zum 59. Mal seinen (Ritter-)«Orden wider den tierischen Ernst«. Diesmal nicht an einen männlichen Recken, wie 55 Mal vorher, und auch nicht an einen Narrenkappenträger von CDU oder CSU, wie sonst üblich, sondern an Gloria Fürstin von Thurn und Taxis. Wir finden, das ist zuviel Erschütterung närrischen Brauchtums. Der nächste Orden sollte wieder an einen Unions-Mann gehen, der sich um die Erzeugung von Heiterkeit verdient gemacht hat. Zum Beispiel an Hessens bisherigen Ministerpräsidenten Roland Koch, der schon vor der neuen Faschingssaison mit dem jecken Wahlspruch in die Bütt' ging: »Mutig modern menschlich«. Oder wenn schon kein Politiker, sollte mal der Chef des Ifo-Instituts, Hans Werner Sinn, für sein Engagement wider den tierischen Ernst geehrt werden. Er ist gerade wieder mit seinem Spruch »Lohnsteigerungen wären jetzt Gift« in die Bütt gestiegen, der ja schon fast so eine lange Tradition hat wie der Fasching.
Wir machen vieles mit, aber mit dem 1. FC Köln haben wir nichts am Hut, wenn stimmt, was er laut Kölner »Stunksitzung« über sich selbst sagt: »Kämpfen, fighten, siegen, das sind Dinge, die uns nicht so liegen.«

NOKIA

Bochum muss bleiben

Das Nokia-Werk in Bochum muss erhalten bleiben. Das fordern der IG Metall Vorsitzende Berthold Huber und NRW-Bezirksleiter Oliver Burkhard (siehe auch Interview Seite 4).
Mitte Januar hatte der finnische Handyhersteller angekündigt, das Bochumer Werk zu schließen und die Produktion nach Rumänien zu verlagern. In der Region wären etwa 4000 Arbeitsplätze betroffen – 2300 direkt bei Nokia und 1800 bei Zeitarbeitsfirmen und Zulieferern. Berthold Huber nannte die Schließungspläne »eine Kampfansage an die IG Metall«.

Nokia begründet die Entscheidung mit zu hohen Arbeitskosten. Sie seien in Deutschland zehnmal höher als in Rumänien, das Bochumer Werk sei deshalb nicht rentabel. Ein mehr als schwaches Argument, sagt die Bochumer IG Metall-Bevollmächtigte Ulrike Kleinebrahm. Schließlich betrage der Lohnkostenanteil bei Handys inzwischen weniger als fünf Prozent. Das Werk in Bochum schreibe schwarze Zahlen. Für Oliver Burkhard heißt die Botschaft von Bochum: »Kein Werk in Europa kann sich auf eine solche Unternehmensführung noch verlassen.«

IG Metall und Betriebsrat wollen mit einem Gutachten belegen, welche Entwicklungsmöglichkeiten der Standort Bochum hat. Die IG Metall geht davon aus, dass das Werk mit entsprechenden Investitionen auch auf längere Sicht wettbewerbsfähig bleiben kann. Ende Januar traf sich die IG Metall zum ersten Gespräch mit dem Nokia-Vorstand. Es blieb ohne Ergebnis.

Zusammenarbeit in Europa

Anhand eines Fragenkatalogs will die IG Metall nun die Schließungsabsichten von Nokia hinterfragen. Unter Federführung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes traf sich Ende Januar die IG Metall mit den Nokia-Betriebsräten der europäischen Standorte, um die weitere Zusammenarbeit abzustimmen. Außerdem sind weitere Aktionen geplant, unter anderem eine Menschenkette am 10. Februar.

MITGLIEDERZAHLEN

Tolles Ergebnis: 104 000 neue Mitglieder

Die Mitgliederzahlen der IG Metall entwickeln sich weiterhin erfreulich. Im vergangenen Jahr wurden über 104 000 neue Mitglieder geworben. Aus- und Eintritte sind mit einem Minus von lediglich 1,1 Prozent fast ausgeglichen.
»Bei den betriebsangehörigen Mitgliedern haben wir sogar einen Zuwachs von 0,2 Prozent zu verzeichnen«, freut sich der Erste Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Austritte gab es vor allem bei den Menschen, die aus dem Berufsleben ausscheiden. Wie die gesamte Gesellschaft bleibt also auch die IG Metall von der demographischen Entwicklung nicht unbeeinflusst.

Bei jungen Menschen unter 27 Jahren konnte die Mitgliederzahl mit drei Prozent gegenüber Dezember 2006 deutlich erhöht werden. Huber: »Wir haben die für uns wichtige Marke von 200 000 bei jungen Mitgliedern seit 2002 erstmalig wieder überschritten. Die IG Metall ist attraktiv für junge Menschen. Ich kann mir keine positivere Botschaft vorstellen.«

Inhalt

KFZ-HANDWERK: Fast 10 000 neue Mitglieder — SEITE 2

SCHWERPUNKTE: Neue: Mitglieder und Kampagnen — SEITE 3

NOKIA: Nicht an die Regeln gehalten — SEITE 4

BERATUNG: Sachverstand für Belegschaften — SEITE 5

STICHWORT: Initiative Trendwende — SEITE 6

ARBEIT UND RECHT: Krankentage sind nicht entscheidend — SEITE 7

INFOS UND TIPPS — SEITE 8

direkt gefragt:

Die Kfz-Arbeitgeber wollen jetzt im Westen drastische Einschnitte durchsetzen. Viele Kfz-Beschäftigte treten in die IG Metall ein. direkt hat gefragt:

Wie ist die Stimmung in den Kfz-Betrieben? Wie denken die Beschäftigten?

»Die Arbeitergeberforderungen haben Zorn hervorgerufen. Letztes Jahr gab es Aushänge: ›Liebe Mitarbeiter. Wir wollen weiter im Verband bleiben. Aber mit einem ›bisschen‹ mehr Arbeitszeit.‹ Und dann kommt diese Forderung. Die Leute sind sauer und bereit, sich dagegen zu stellen. Und wenn das auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen ist, dann eben auf anderem Wege.«

Sabine Grebhart, BR-Vorsitzende, Autohaus Lueg, Bochum

»Die Beschäftigten sind sauer. Sie wissen, dass die 40-Stunden-Woche Arbeitsplätze kosten würde. Wir stellen uns auf Warnstreiks ein. Die Leute rechnen sogar damit.«

Rolf Schuldt, Betriebsrat, Autohaus Raffay, Hamburg

»Die Beschäftigten haben früher vieles hingenommen. Da es jetzt jedoch an Geld und Zeit – und auch noch an den Urlaub geht, ist eine Diskussion und ein gutes Bewusstsein entstanden. Im Dezember sind auf einen Schlag über 30 in die IG Metall eingetreten. Die wollen nichts hergeben. Wir haben den Arbeitgeber aufgefordert, zum Tarif zu stehen, machen Versammlungen und Infoveranstaltungen. Wenn's ernst würde, wären wir jetzt auch erstmals bereit für Warnstreiks.«

Erich Unzeitig, BR-Vorsitzender, Autohaus Pickel, Erlangen

»Alle warten darauf: Wie geht's weiter? Bei uns ist der Organisationsgrad jetzt bei über 80 Prozent. Die Leute sehen einfach die Notwendigkeit. Die Azubis als Mitglied zu gewinnen ist mir besonders wichtig, denn sie sind die Zukunft im Betrieb. Ich bin schon bei der Begrüßung dabei und spreche sie drauf an. Wir haben im Betrieb einen engen Kontakt. Und wenn es sein muss, stehen wir auch vorm Tor.«

Sigrun Dietze, BR-Vorsitzende, S & G Automobil, Offenburg

»Die Stimmung ist alles andere als rosig. Noch wollen wir aber erst mal abwarten, ob es noch eine Einigung gibt. Doch die Hälfte der Belegschaft ist bei uns jetzt in die IG Metall eingetreten – um sich abzusichern und im Ernstfall dagegenhalten zu können. Die Einschnitte in den Tarif, wie sie die Arbeitgeber fordern, werden wir auf keinen Fall akzeptieren.«

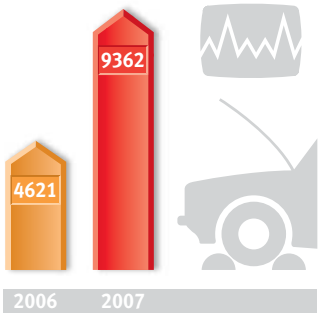
Andreas Lengler, Betriebsrat, Hanser + Leiber, Ulm

»Die Anforderungen der Hersteller an die Beschäftigten im Handel werden immer mehr. Und sie wollen Qualität und qualifiziertes Personal, aber zu möglichst wenig Geld. Bei uns sind jetzt viele in die IG Metall eingetreten, um die Nachwirkung der Tarife zu sichern. Die Leute wissen aber auch: Wir brauchen Mitglieder, um unsere Standards zu halten. Für alle Fälle haben wir auch eine betriebliche Tarifkommission gebildet.«

Rainer Allmis, BR-Vorsitzender, Autohaus Feicht, München

Kampf für den Flächentarifvertrag

Fast 10 000 neue Kfz-Mitglieder



Quelle: IG Metall

2007 gab es mehr als doppelt so viele Neuaufnahmen im Kfz-Gewerbe wie im Vorjahr.

Die Kfz-Arbeitgeber haben außer in Hessen überall im Westen die Manteltarifverträge gekündigt. Sie fordern: länger arbeiten für weniger Geld. Die Beschäftigten lassen sich das nicht mehr gefallen. In NRW, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland und Saarland haben die Arbeitgeber die Manteltarifverträge gekündigt. Sie wollen die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Dies würde sehr viele Arbeitsplätze kosten. Und es soll weniger Urlaub geben, sowie weniger oder gar kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Einschnitte soll es auch bei Wochenend-, Schicht- und Mehrarbeit geben. Den Beschäftigten drohen hohe Einbußen.

Noch drastischer sind die Forderungen der Arbeitgeber in Baden-Württemberg und Bayern. Dort haben sich die Kfz-Landesinnungen gar als »nicht mehr zuständig« für Tarifverträge erklärt. Statt dessen sollen so genannte Tarifgemeinschaften Tarife machen. »Wir verhandeln nicht mit diesen Tarifgemeinschaften. Unsere Erfahrungen aus dem Osten zeigen: Die Tarifgemeinschaften haben den Flächentarif nicht erhalten, sondern zerstört«, sagt Alwin Boekhoff, der beim IG Metall-Vorstand für Kfz-Tarifpolitik zuständig ist.

In Bayern und Baden-Württemberg geht es jetzt um den Erhalt des Flächentarifs, was schon letztes Jahr in NRW gelungen ist. Vorsorglich werden betriebliche Tarifkommissionen für den Kampf um Haustarife gegründet. IG Metall-Mitglieder haben rechtlich auch nach Ablauf der Verträge weiter Anspruch auf Tarif.

In den anderen Tarifgebieten haben die Tarifkommissionen beschlossen, die Forderungen der Arbeitgeber abzuwehren und fordern 5 bis 5,5 Prozent mehr Geld.

Und überall treten Beschäftigte in die IG Metall ein, gründen Betriebsräte und bereiten sich auf Warnstreiks vor. »Die Leute wehren sich«, sagt Helmut Hennecke vom Ressort Handwerk beim IG Metall-Vorstand. »Die Arbeitgeber bekommen das jetzt zu spüren.«

Mehr Infos im Extranet:
▸ **www.extranet.igmetall.de**
→Branchen →Handwerk
→Kfz-Handwerk

Die nächsten Schritte:

- In der ersten Februarwoche beginnen die Tarifverhandlungen mit den Kfz-Innungen in den Bezirken.
- Weitere Mitgliederwerbung in den Betrieben, um durchsetzungsfähig zu sein und um die Nachwirkung der Tarifverträge zu sichern.
- Auf Warnstreiks vorbereiten.

IMPRESSUM

direkt · Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.), Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, , Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069/66 93-22 24, Fax: 069/6693-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151/8127-0, Fax: 06151/80 93 98, schledz@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 069/6693-2633 · FAX: 069/6693-2000 · DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Gemeinsam und professionell sind wir stark

Der IG Metall-Vorstand hat seine Arbeit teilweise neu geordnet. Neue Aufgabengebiete sind entstanden. direkt stellt sie in dieser und den nächsten Ausgaben vor. Den Anfang macht »Mitglieder und Kampagnen«.

Wenn die IG Metall auch in zehn Jahren und fernerer Zukunft stark und durchsetzungsfähig sein will, muss sie mehr Mitglieder gewinnen. Das kann sie in so gut wie allen Betrieben. Ein besonderer Nachholbedarf besteht bei hochqualifizierten Fachkräften, prekär Beschäftigten (wie Leiharbeitnehmern), Frauen und Jüngeren.

2007 hat sich zwar gezeigt, dass die IG Metall etwas bewegen kann: Der Mitgliederschwund der vergangenen Jahre ist gestoppt. Die Zahl der Jugendlichen ist um drei Prozent auf über 200 000 gestiegen. Und insgesamt hat die IG Metall im letzten Jahr rund 104 000 Neue aufgenommen, so viele wie lange nicht mehr. Ein wichtiger Schritt, aber weitere müssen folgen, wenn die IG Metall auch in Zukunft eine wichtige Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft spielen will. Darum muss Mitgliedergewinnen ein ständiges Thema werden, dass bei allen Aktivitäten »mitgedacht« sowie professionell und systematisch angegangen wird.

Ziele der IG Metall:
- **Mitglieder halten. Neue gewinnen, vor allem, wo die IG Metall stark unterrepräsentiert ist: etwa bei Jungen, hoch Qualifizierten, Leiharbeitern und in Klein- und Mittelbetrieben.**
- **In den Betrieben besser verankert sein und dadurch durchsetzungsfähiger werden.**
- **Erfolgreicher Mitspieler in den politischen Arenen sein.**

Längerfristige Kampagnen

Das ist die Aufgabe eines neuen Teams im Vorstandsbereich 02 von Detlef Wetzel, an dessen Spitze der ehemalige Tarifexperte Peter Donath steht. Das Team soll Aktivitäten und Themen bündeln, die die Verwaltungsstellen, Bezirke und die verschiedenen Ressorts beim Vorstand beschäftigen. Ziele sind gemeinsame längerfristige, öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die mit Mitgliederwerbung verbunden werden. Es geht also um Zusammenarbeit über Orts- und Ressortgrenzen hinweg, um gemeinsam mehr Wirkung zu erzielen. Dabei soll die IG Metall auch konfliktfähiger werden – eine Voraussetzung für erfolgreiche Kampagnen. Das neue Team soll die Kooperation managen.

Hilfe für Akteure vor Ort

Außerdem soll es die Akteure durch Arbeitshilfen, Redebausteine und anderes Material unterstützen. Zum Beispiel in Form eines »Ideenkoffers« mit Vorschlägen, wie Themen in Betrieben aufgegriffen werden können. Und mit einem »Werkzeugkoffer«: In ihn sollen Vorschläge gepackt werden, wie neue Mitglieder angesprochen und ihre Bindung an die IG Metall gestärkt werden können. Oder wie ausgetretene Mitglieder zurückgeholt werden können, etwa Ausgelernte, die den Arbeitsplatz gewechselt haben. Wie Berufsschulaktionen laufen können. Wie sichtbar gemacht werden kann, wo die IG Metall in Betrieben besonders wenige Mitglieder hat, um dort gezielter werben zu können.

Die erste konkrete Kampagne startet am 1. März. Thema: »Gleiche Arbeit – gleiches Geld. Leiharbeit fair gestalten«. Bei über einer halben Million Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern mit zum großen Teil skandalösen Arbeitsbedingungen ein Kernanliegen für die nächsten Jahre. »Diese Beschäftigten lassen wir oft noch links liegen«, sagt Peter Donath. Das müsse anders werden. Erste Erfolge gibt es ja auch schon: In vielen Betrieben wurde »Equal Pay« bereits durchgesetzt.

Kampagnen
Das will die IG Metall:
- **Konzentration auf weniger, aber wirksamere Kampagnen,**
- **gewerkschaftspolitische Ziele mit Mitgliederarbeit verbinden,**
- **auf die unterschiedlichen Anwender bezogene Materialien und andere Arbeitshilfen,**
- **zielgruppengerechte Aktionen für Menschen, die noch keine Mitglieder der IG Metall sind.**

▸ Mitgliederwerbung: Materialien und Beitrittsformulare gibt es im Extranet unter: www.extranet.igmetall.de
→Mitglieder werben
Darunter sind zu finden:
→Materialien (Arbeitsheft Nr. 5 Mitgliederrückgewinnung)
→Beitritt online
→Hundert Tipps
→Kampagneninfos (Flyer, Plakat, Beitrittsformular)

Bald Streiks ?

Wenn sich die Arbeitgeber in der Stahlindustrie bis zur vierten Runde nicht bewegen, kann es schnell zum Arbeitskampf kommen, kündigte Oliver Burkhard, IG Metall-Bezirksleiter in NRW, nach den erfolglosen ersten Verhandlungen an. Die Friedenspflicht endet am 1. Februar. Am 30. Januar, nach Redaktionsschluss von **direkt**, begannen die Tarifrunden für die westdeutsche **Textil- und Bekleidungsindustrie** und die **Kfz-Handwerksbetriebe** in **NRW**.

Alles rund um die Tarifrunde

Das Mega-Tarifjahr hat bereits begonnen. Zum einen die ersten Verhandlungen für die Stahlindustrie West, in denen selbst die Arbeitgeber die außerordentlich gute Ertragslage im Jahr 2007 und die stabile Perspektive für 2008 nicht leugnen konnten. Außerdem laufen die Tarifverträge in der Stahlindustrie Ost aus. Auch für die Branche Textil-Bekleidung West und auch im Kfz-Handwerk wird es ernst mit den Tarifverhandlungen.

Wer ins Extranet schaut, ist gut informiert und immer auf dem Laufenden: Hier gibt es **Argumente für die Tarifforderungen** der IG Metall in der Stahlindustrie und bei Textil, sowie jede Menge Wirtschaftsdaten, Flugblätter, Infografiken, Logos, Flyer, Plakate, Präsentationen sowie alle Verhandlungstermine.

Extranet: extranet.igmetall.de
Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

▸ Extranet:
Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst. Dieser Dienst der IG Metall weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseartikel, liefert eine Infografik, stellt neue Rechtsentscheidungen vor und enthält außerdem einen Servicetipp.

Solidarität aus Rumänien

Mit Unverständnis und Empörung reagierten viele IG Metaller auf die die Pläne des finnischen Handyherstellers Nokias. IG Metall Bezirksleiter Oliver Burkhard und fordert Nokia auf, sich mit den Argumenten für Bochum auseinanderzusetzen (siehe Interview und Randspalte).

Mehr als 15000 Menschen demonstrierten Ende Januar in Bochum für den Erhalt des Nokia-Werkes. Kollegen von VW, Opel und Mercedes, Stahlarbeiter aus Duisburg sowie Bergleute aus Recklinghausen waren nach Bochum gefahren, um gemeinsame mit den Nokiabeschäftigten gegen die Verlagerungspläne zu protestieren. In zahlreichen Briefen erklärten sich Betriebsräte, Vertrauensleute und Politiker seither mit den Nokia-Beschäftigten solidarisch. Die Liste reicht von A wie Airbus bis V wie Volkswagen. Gewerkschaftsvertreter aus Spanien, Finnland und auch aus Rumänien verurteilen das Aus für das Bochumer Werk. Vertreter der finnischen Gewerkschaft nannten die Entscheidung angesichts der guten wirtschaftlichen Lage einfach ungerecht.

Null Verständnis für Nokia

Der Vizepräsident der rumänischen Gewerkschaft F.N.S., Liviu Apostoiu, verurteilte das Verhalten von Nokia. »Wir können die Globalisierung nicht aufhalten. Aber wir werden nicht akzeptieren, dass Arbeitgeber so mit uns umgehen.« Arbeitnehmer müssten in Europa zusammenstehen und für gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse kämpfen, erklärte Apostoiu in seinem Brief an die Nokia-Beschäftigten.

Selbst Unternehmer zeigen wenig Verständnis. So kritisieren die Geschäftsführer einer bundesweit tätigen Klinikgruppe, dass sie die Verlagerung nach den bisher vorliegenden Informationen nicht nachvollziehen können. Sie lasse sich mit ihrer Auffassung von unternehmerischer Sozialverantwortung nicht in Einklang bringen. Daher fordern sie Nokia auf, die Entscheidung zu begründen, oder sie andernfalls zurückzunehmen.

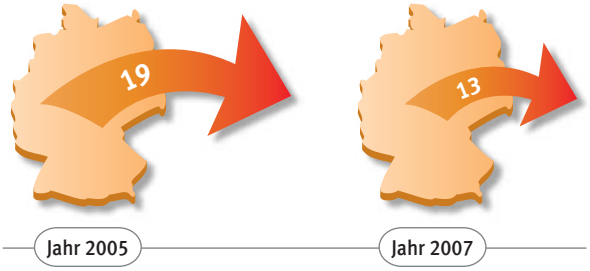
► Wie geht es weiter?
NRW-Bezirksleiter Oliver Burkhard: »Die Verlagerung ist und bleibt wirtschaftlicher Unsinn. Nokia unterschätzt völlig, was sie dieser Schritt kosten wird. Das Unternehmen muss mit uns darüber reden, wie wir den Standort Bochum erhalten können. Ein Streik ist aktuell nicht unser Weg. Wir fordern die Nokia-Spitze auf, sich endlich mit den Argumenten für Bochum auseinanderzusetzen. Unser Protest und der öffentliche Druck auf Nokia zeigen Wirkung: Es gibt erste Signale, dass Nokia von seiner Basta-Position abrückt. Deshalb werden wir weiter Druck machen.«

Kein Boykott

- Auch wenn viele ihr Nokia-Handy am liebsten zurückgeben würden – die IG Metall lehnt einen Boykott zurzeit ab. Das Werk in Bochum arbeitet wirtschaftlich. Für die IG Metall geht es darum, die Arbeitsplätze zu erhalten. Das Motto: Nokia-Handys aus Bochum!
- Die IG Metall informiert auf einer eigenen Internetseite über aktuelle Entwicklungen bei Nokia in Bochum: **www.igmetall-nokia.de**

Unternehmen planen weniger Verlagerungen

Angaben in Prozent



Quelle: Ernst & Young, nach einer Befragung von 360 Unternehmen.

Eine Studie von Ernst & Young zeigt: Der Trend zur Auslandsverlagerung geht zurück. Dies bestätigt auch eine Betriebsräte-Befragung der Hans-Böckler-Stiftung.

Nokia im Abseits

Die geplante Nokia-Verlagerung ist wirtschaftlich falsch und unzeitgemäß. Laut »Manager-Magazin« hat Nokia die Verlagerung naiv kalkuliert. Der Lohnkostenvorteil in Rumänien wird dort durch viele andere Kosten zunichte gemacht. Schließlich liegt der Lohnkostenanteil in Bochum unter 5 Prozent. Insgesamt wird laut einer neuen Studie der Unternehmensberatungsgesellschaft Ernst & Young tatsächlich immer weniger ins Ausland verlagert. Der Standort Deutschland liegt bei Top-Managern international ganz vorne.

► Im Gespräch

OLIVER BURKHARD
IG Metall-Bezirksleiter in Nordrhein-Westfalen

?direkt: War die Entwicklung bei Nokia in Bochum vorhersehbar?
► **Oliver Burkhard:** Es hat alle eiskalt erwischt. Eigentlich sollte im Januar eine zweistellige Millioneninvestition für Bochum beschlossen werden, um die Produktivität des Werkes zu steigern. Die Arbeitnehmervertreter arbeiten seit Jahren daran, den Standort weiterzuentwickeln. In Bochum gibt es eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Das Werk ist hochautomatisiert, der Standort eine Innovationsschmiede.

?direkt: Wusste niemand, was Nokia in Rumänien plant?
► **Burkhard:** Der Betriebsrat wusste, dass in Rumänien ein neues Werk gebaut wird. Die Begründung von Nokia war, zusätzliche Kapazitäten für den osteuropäischen Markt aufzubauen. Das war bei einem Standort in Ungarn auch nicht anders. Die Schließung Bochums war nie ein Thema.

?direkt: Welche Konsequenzen zieht die IG Metall aus dem Fall Nokia für die Zukunft?
► **Burkhard:** Es ist ungeheuerlich, dass ein Unternehmen einen Standort bei 15 Prozent Rendite einfach dicht macht. Nokia hat im letzten Jahr 7,2 Milliarden Euro Gewinn gemacht, ein Plus von 67 Prozent. Dazu haben die Beschäftigten in Bochum kräftig beigetragen. Für uns ist klar: Wir können das Verhalten von Nokia nicht akzeptieren, weil es für die Menschen unerträglich und weit über den Fall hinaus von Bedeutung ist. Deshalb werden wir weiter kämpfen. Und darüber hinaus die Politik auffordern, mehr Mitbestimmung zu wagen. Gerade, wenn Belegschaften sich in Innovation, Prozessoptimierung und Standortsicherung aktiv einbringen, brauchen wir bei solchen Standortentscheidungen zuerst verpflichtende Gespräche über die Fortführung. Es darf nicht sein, dass die Betriebsräte dann nur noch die Stilllegung und Abwicklung verhandeln dürfen. Das ist ein neuer Fall, der braucht eine neue Antwort.

Externer Sachverstand im Dienst der Belegschaft

Kostensenkungs-, Verlagerungs-, Stilllegungspläne oder Unternehmenskrisen: Viele Betriebsräte brauchen wirtschaftliche Kompetenz, um bei drohenden Einkommens- oder Arbeitsplatzverlusten gegenzusteuern. Eine bunte Szene von Beratungsinstituten hat sich etabliert. Was leisten sie? Wer bezahlt sie?

2004 wollte Bosch in Leinfelden einen großen Teil der Fertigung ins sächsische Sebnitz verlagern und Teile von dort nach China. IG Metall und Betriebsrat engagierten das IMU-Institut. Deren Experten stellten fest: Die Verlagerung bringt unterm Strich keine Kostenvorteile, weil Bosch einige wichtige Faktoren nicht in die Rechnung einbezogen hatte. Mit Hilfe von IMU entwickelten Betriebsräte und IG Metall ein Alternativkonzept und gewannen die Beschäftigten dafür, es zu unterstützen. Es gab betriebliche Aktionen und aus anderen Standorten kamen 15 000 Boschianer zu einer Protestkundgebung nach Leinfelden.

Die Konflikte führten zu einem Happy End: Die Produktion blieb, wo sie war. Und die Zugeständnisse konnten im Wesentlichen auf mehr Flexibilisierung durch Zusatzschichten und Aussetzen der Gewinnbeteiligung begrenzt werden. Letztere wird seit Sommer 2007 wieder gezahlt. Das Werk ist mit rund 1200 Beschäftigten gut ausgelastet.

IMU gehört zu einer Reihe von Instituten und Einzelberatern, mit denen Betriebsräte und IG Metall zusammenarbeiten. Zu den größeren Instituten zählen auch das Info-Institut in Saarbrücken, EWR Consulting in Frankfurt am Main und Technologieberatungsstellen.

Was Institute bieten

Die Institute erstellen:
- betriebliche Gutachten,
- entwickeln Konzepte für betriebliche Umstrukturierung, aber auch für regionale Strukturpolitik ,
- schulen und beraten Betriebsräte in Fragen von Beschäftigungssicherung, Standorterhaltung und Arbeitsorganisation und
- begleiten sie bei Umsetzungen und Verhandlungen.

Der Rat der Experten

Rechte des Betriebsrats nach dem BetrVG:
- § 111: Er darf bei Betriebsänderungen externe Berater zuziehen.
- § 80 Abs. 3: Er darf bei seinen allgemeinen Aufgaben Sachverständige zuziehen. Der Arbeitgeber muss allerdings zustimmen.
- § 92a: Er kann beim Erarbeiten eigener Vorschläge zur Förderung von Beschäftigung Experten zuziehen.
- § 37 Abs 6: Er kann sich schulen lassen.

Nicht erst in der Krise aktiv werden wollte der Betriebsrat von AEG in Rothenburg ob der Tauber. Er sah mittelfristig die Gefahr, dass hochwertige Herde künftig in Italien, einfachere in Polen produziert würden. Er schaltete das Info-Institut ein. Ergebnisse: Konzepte für noch mehr Qualität, bessere Logistik, kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsprozesse. Die Arbeitnehmer bringen 52 Stunden aus den Zeitkonten für Qualifizierung ein, die Steigerung bei der ERA-Umstellung soll etwas flacher ausfallen. Dafür sicherte AEG neue Produkte ab 2009 und 2010 zu. In allen Phasen hat Info den Betriebsrat unterstützt. »Das war eine intensive Qualifizierungsphase für uns«, sagt Betriebsratsvorsitzender Rainer Kretschmer.

Doch der Markt ist groß und es ist nicht immer leicht ersichtlich, wer gut und an den Interessen der Beschäftigten orientiert ist. Darum sollten Betriebsräte sich immer von der IG Metall beraten lassen.

Sie hat auch »Quick Checks« entwickelt, die sie bei Sanierungs- und Pforzheim-Fällen in Auftrag gibt. Sie sollen Grundinformationen liefern über Erträge, Kapitalstruktur, Marktposition der Produkte und Wettbewerbslage. Will der Betriebsrat danach Berater engagieren, um eigene Konzepte zu entwickeln und durchzusetzen, sollte der Arbeitgeber die Kosten tragen (siehe Kasten).

▸ IG Metall-Vorstand und Bezirksleitungen haben Berater-Netzwerke installiert. Auskünfte geben die Verwaltungsstellen.

▸ Über die Arbeit von Beratungsinstituten ist im Internet mehr zu erfahren. Beispiele: www.info-institut.de www.imu-institut.de www.ewr-consulting.de

Die IG Metall NRW hat zwei Handlungshilfen herausgegeben: »Standorte fair vergleichen - Arbeitsplätze sichern« und »Betrieb verbessern - Arbeitsplätze sichern« Bestellen bei: inge.blume @igmetall.de (beide kostenlos).

Ab 26. Februar gibt es in Dortmund Workshops für Betriebsräte zu diesen Themen. Infos unter: www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Europa muss Mobilität ermöglichen – nicht erzwingen

Die EU will Bildung in Europa vergleichbar machen. Die Grundlage dafür bildet der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR). Ob die EU damit das Versprechen einer einheitlichen Bildungswährung einlöst, diskutierte die IG Metall mit Gewerkschaftern aus elf europäischen Ländern auf einer gemeinsamen Tagung. Zwar begrüße es die IG Metall, wenn europäische Organisationen mehr Transparenz in der Bildung schaffen wollen, sagte Regina Görner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands. Doch diese Pläne seien kein Garant für Vielfalt und Chancengleichheit.

Eine bürokratische Nummer, nannte Klaus Heimann, beim IG Metall Vorstand zuständig für Bildung, den EQR. »Man glaubt, wenn man alles einsortiert, wird alles besser.« Die IG Metall fordert dagegen ein Konzept der europäischen Kernberufe. Auch ein von IG Metall und Verdi in Auftrag gegebenes Gutachten warnt vor möglichen Risiken des EQR wie die Schwächung beruflicher Handlungsfähigkeit durch eine einseitige Orientierung auf Lernergebnisse oder die Aushöhlung von Berufsqualifikationen durch Flexibilitätsinteressen der Unternehmen. Denn in einem grenzenlosen Europa sollten Arbeitnehmer mobil sein können – aber nicht mobil sein müssen. »Wir verstehen Bildung auch als einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Demokratiefähigkeit«, betonte der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel.

▸ Mehr Informationen zum europäischen Kernberuf und den Forderungen der IG Metall gibt es im extranet. Einfach in der Suchfunktion das Stichwort »Kernberufe« eingeben.

... Initiative Trendwende

Mit der »Initiative Trendwende« wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auch in Zukunft für die Beschäftigten attraktiv bleiben.

Den Startschuss gaben die Vorsitzenden 2005. Seit März 2006 werden in verschiedenen gewerkschaftsübergreifenden Projekten neue Methoden entwickelt und erprobt, um die Interessen der Mitglieder stärker in den Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit zu stellen und die Kooperation der Gewerkschaften weiter zu verbessern. Die Projekte der Initiative:

- Der **DGB-Index Gute Arbeit** zeigt jährlich, wie die Beschäftigten die Qualität ihrer Arbeitsplätze bewerten. Grundlage des Index ist eine repräsentative Befragung von rund 6000 Beschäftigten deutschlandweit. Mit der betrieblichen Erhebung des Index werden ungenutzte Ressourcen in der Arbeitsgestaltung transparent. Eine eigens gegründete Service-Gesellschaft unterstützt die Anwendung.
- Das Projekt **Potenzialanalyse** will mit Hilfe von Marktforschung herausfinden, welche Erwartungen Mitglieder und Nichtmitglieder an die Gewerkschaften haben. So können bessere und passgenauere Angebote für beide Gruppen entwickelt werden. Hierfür wurde unter anderem ein Werkzeugkoffer mit Marktforschungsinstrumenten im Projekt entwickelt. Das Befragungsinstrument kann zu betriebsbezogenen, aber auch zu allgemeinen gewerkschaftlichen Themen eingesetzt werden: Betriebsräte können zum Beispiel ermitteln, wie es in ihrem Unternehmen tatsächlich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aussieht. Außerdem wurden rund 5000 Mitglieder und Nichtmitglieder befragt, wie sie die Arbeit der Gewerkschaften eigentlich beurteilen.
- Mit dem Projekt **Kommunikationsplattform** entsteht ein gemeinsames IT-Netz, in dem der DGB, die Mitgliedsgewerkschaften und der DGB-Rechtsschutz schneller und kostengünstiger Informationen austauschen können. Der Aufbau des Netzes begann Anfang des Jahres.
- Mit dem Projekt **Weiterentwicklung der Organisationsstruktur** sollen unter anderem neue Kooperationen der regionalen DGB- und Gewerkschaftsbüros geknüpft und Synergien stärker genutzt werden, um weiterhin als Ansprechpartner vor Ort präsent zu sein.
- Das Projekt **Mitbestimmung und Teilhabe** soll das gewerkschaftliche Image und den Organisationsgrad bei Betriebsräten erhöhen. Nach einer ersten Phase im Rahmen der Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2006 wird nun in zwei Teilprojekten gearbeitet: Materielle Arbeitnehmerbeteiligung (MAB) und Mitbestimmung am Arbeitsplatz (MAA). Hier werden beispielsweise Modelle diskutiert, wie Beschäftige – neben tariflichen Einkommenserhöhungen – am Firmenvermögen beteiligt werden können. Im Teilprojekt MAA werden neue Formen beteiligungsorientierter Betriebsratsarbeit diskutiert.
- In den **Zukunftscamps – Future Now** erfahren Jugendliche der achten Jahrgangsstufe, wie man »anders lernen« kann. Integrative Lernmethoden sollen die Chancen für einen guten Schulabschluss erhöhen und Berufsorientierung vermitteln.

Wer mehr über die Initiative Trendwende und ihre Projekte wissen möchte, kann sich an das Trendwende-Büro wenden, das alle Aktivitäten koordiniert:

Christian Lauschke
Telefon:
030–240 60-680
E-Mail:
Trendwende@dgb.de
Internet:
www.initiative-trendwende.de

METALLRENTE

Hohe Zuwächse

Metallrente hat die höchsten Zuwachsraten unter den Anbietern zusätzlicher Altersvorsorge. Rund 57 000 neue Verträge in der kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge schloss das Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall 2007 ab. Das waren 43 Prozent mehr als 2006. Als Wachstumsmotor bewährten sich vor allem die »altersvorsorgewirksamen Leistungen« (früher VWL). Die neuen Beiträge im Jahr 2007 hatten ein Volumen von fast 51 Millionen Euro. Insgesamt sind bisher rund eine Milliarde Euro in die Altersvorsorge bei Metallrente geflossen. In den sechs Jahren seit Bestehen haben sich rund 13 000 Firmen Metallrente angeschlossen, 2000 davon im vergangenen Jahr.

Metallrente ist heute in Deutschland das größte Versorgungswerk für die Industrie. Angebote: betriebliche und private zusätzliche Altersvorsorge, Absicherung von Berufs-/Erwerbsunfähigkeit und Hinterbliebenen. Mehr Informationen im Internet unter: www.metallrente.de.

PENDLER

Neue Hoffnung

Die Kürzung der Pendlerpauschale verstößt gegen die Verfassung. Das entschied der Bundesfinanzhof (BFH). Es sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, dass Kosten für den Weg zur Arbeit erst ab dem 21. Kilometer steuerlich geltend gemacht werden können. Fahrtkosten sind nach Auffassung des obersten Finanzgerichts unvermeidbare Ausgaben, denen sich Arbeitnehmer nicht beliebig entziehen können. Die IG Metall begrüßt die Entscheidung. Sie hatte die Kürzung der Pendlerpauschale von Anfang an kritisiert. Das letzte Wort in Sachen Pendlerpauschale hat nun das Bundesverfassungsgericht. Es will noch in diesem Jahr entscheiden. *(BFH vom 10.01.08, VI R 17/07)*

ELTERNGELD

Stichtag gilt

Die Stichtagsregelung für das Elterngeld ist rechtmäßig und widerspricht nicht dem Gleichheitsgrundsatz. Das entschied das Bundessozialgericht (BSG) Ende Januar. Geklagt hatten ein Elternpaar und zwei Mütter, deren Kinder im September, November und Oktober 2006 zur Welt gekommen waren. Nach Auffassung der Eltern hätte ihnen der Gesetzgeber vom 1. Januar an einen Anspruch auf Elterngeld einräumen und für die verbleibenden Monate zahlen müssen. Das BSG folgte dem nicht, da eine Übergangsregelung einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit geschätzten Mehrkosten von 520 Millionen Euro bedeutet hätte. *(BVG vom 23.01.08, B 10 EG 3/07 R)*

AGG

Beschwerdestelle fällt unter Mitbestimmung

Bei der Einrichtung einer Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. Das entschied das Saarländische Landesarbeitsgericht (LAG). Nach Auffassung der Richter kann der Antrag auf eine Einigungsstelle nur dann abgewiesen werden, wenn sie offensichtlich unzuständig ist.

Saarländisches LAG vom 6. Juni 2007 – 2 TaBV 2/07

Gesamtbetriebsrat

Vertretung nur für ein Unternehmen

Ein Gesamtbetriebsrat kann nicht für Betriebe verschiedener Rechtsträger errichtet werden. Das gilt grundsätzlich auch für Gemeinschaftsbetriebe. Diese Auffassung vertrat das Bundesarbeitsgericht (BAG). Dabei ging es um die Wirksamkeit eines Sozialplans, der zwischen einem »Gesamtbetriebsrat« und einer Unternehmensgruppe ausgehandelt worden war. Das BAG äußerte Zweifel an der Wirksamkeit, da es sich in diesem Fall um einen unternehmensübergreifenden Gesamtbetriebsrat hätte handeln müssen. Ein solcher ist allerdings nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht vorgesehen.

BAG vom 13.02.2007 – 1 AZR 184/06

Eingruppierung

Vergütungssystem zustimmungspflichtig

Wendet ein Arbeitgeber ein Vergütungssystem an, an dem der Betriebsrat nicht beteiligt wurde, liegt ein Gesetzesverstoß vor. Der Betriebsrat kann in diesem Fall der Eingruppierung eines neu eingestellten Arbeitnehmers widersprechen. Die Eingruppierung wird damit unwirksam.

LAG Schleswig-Holstein vom 17. Januar 2007 – 6 TaBV 18/05 (nicht rechtswirksam)

Teilzeit

Arbeitszeit kann verlängert werden

Ein Beschäftigter in Teilzeit hat grundsätzlich Anspruch darauf, seine Arbeitszeit zu verlängern. Voraussetzung ist allerdings, dass ein entsprechender Arbeitsplatz mit der gewünschten Arbeitszeit vorhanden ist und die neue Tätigkeit die gleichen Anforderungen an den Arbeitnehmer stellt wie sein bisheriger Arbeitsplatz. Arbeitgeber müssen die Arbeitszeit einer freien Stelle allerdings nicht den Wünschen der Beschäftigten anpassen. Allerdings kann ein Arbeitgeber den Wunsch nach Verlängerung der Arbeitszeit einem Teilzeitbeschäftigten nicht mit der Begründung verwehren, er wolle die neu zu besetzende Stelle anders – in der Regel schlechter – vergüten.

BAG vom 8. Mai 2007 – 9 AZR 874/06

Klageverzicht

Schriftform muss eingehalten werden

Klagverzichtsvereinbarungen nach Erhalt einer Kündigung müssen schriftlich erfolgen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) wertet sie nämlich als Auflösungsverträge nach § 623 BGB . Die Schriftform ist nur dann eingehalten, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber den Klageverzicht eigenhändig unterzeichnet haben.

BAG vom 19. April 2007 – 2 AZR 208/06

Entgelt

Tarifvertrag schützt vor Verlusten im Alter

Die Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer soll Beschäftigte vor altersbedingten Einkommensverlusten schützen. Das regelt der Manteltarifvertrag für die Metallindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein. Dagegen sind allgemeine Lohnkürzungen, die alle Arbeitnehmer betreffen, aber trotzdem zulässig.

BAG vom 8.November 2006 – 4 AZR 608/05

Betriebsänderung

Nicht während Verhandlungen

Der Betriebsrat kann eine Betriebsänderung vorübergehend stoppen, solange er über einen Interessensausgleich verhandelt. Während dieser Zeit kann eine Betriebsänderung ausgesetzt werden. Der Betriebsrat kann seinen Anspruch in einem einstweiligen Verfügungsverfahren durchsetzen.

LAG Niedersachsen vom 4. Mai 2007 – 17 TaBVGa 57/07

Leiharbeit

Arbeitgeber muss Alternativen prüfen

Der Betriebsrat kann der Einstellung eines Leiharbeitnehmers wirksam widersprechen, wenn der Arbeitgeber bestimmte Schritte nicht eingehalten hat. So muss der Arbeitgeber nach Auffassung des Hessischen Landesarbeitsgerichts (LAG) prüfen, ob die Stelle mit einem Schwerbehinderten besetzt werden kann und dazu Verbindung mit der Agentur für Arbeit aufnehmen. Das gilt allerdings nicht, wenn er einen Leiharbeiter nicht länger als acht Wochen beschäftigen will.

Hessisches LAG vom 24. März 2007 – 4 TaBV 24/07

Sozialauswahl

Krankentage sind nicht entscheidend

Häufige Fehlzeiten sind für sich genommen kein Kriterium bei der Sozialauswahl. In einem Streitfall wollte ein Arbeitgeber einen Mitarbeiter betriebsbedingt kündigen, obwohl er sozial schutzwürdig war. Der Grund: Häufige Fehlzeiten wegen Krankheit. Das Bundesarbeitsgericht sah darin kein berechtigtes betriebliches Interesse des Arbeitgebers, von der Sozialauswahl abzuweichen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die krankheitsbedingten Ausfälle zu besonderen betrieblichen Schwierigkeiten führen würden.

BAG vom 31. Mai 2007 – 2 AZR 306/06

► ***Handlungshilfe:***
Die IG Metall bietet eine Handlungshilfe zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz an. Sie kann zum Stückpreis von 1,82 Euro im Extranet bestellt werden. »Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz AGG, Handlungshilfe für Betriebsräte und Vertrauensleute Nr. 21.«

► ***Im Wortlaut:***
Die kompletten Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts gibt es im Internet unter: www.bundesarbeitsgericht.de

Termine

26. Februar
Die IG Metall veranstaltet einen Workshop zum Thema **»Elterngeld in der betrieblichen Praxis«**. Dort können beispielsweise Erfahrungen ausgetauscht werden, welche neuen Bedürfnisse Eltern haben und ob eventuell weitere betriebliche Regelungen notwendig sind. Weitere Themen sind: Väter in Elternzeit und die Erhöhung der Teilzeit in der Elternzeit. Die Veranstaltung beginnt um 10.30 Uhr und findet in der IG Metall-Vorstandsverwaltung statt, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt. Fahrtkosten und Verdienstausfall werden übernommen. Anmeldung bei: Maria.Wiggen@igmetall.de, Telefon 069–66 93-2906.

Material

▸ **Arbeitsmarkt:** In der aktuellen Ausgabe von »Wirtschaft aktuell« hat die IG Metall die Lage auf dem Arbeitsmarkt 2007/2008 bilanziert und analysiert. So bringt die gute Konjunktur 650 000 neue Arbeitsplätze im Jahr 2007. Doch der Schein trügt: Viele arbeiten in Minijobs oder als Leiharbeiter.
▸ **www.extranet.igmetall.de**
→Themen →Wirtschaft
→Arbeitsmarkt

▸ **Ausbildung:** Die IG Metall hat die Ausbildungsbilanz 2007 analysiert. Das Ergebnis: Ganz schön mager. Mehr Fakten gibt es unter:
▸ **www.extranet.igmetall.de**
→Themen →Bildung →Ausbildung →Ausbildungsbilanz

▸ **Gender Mainstreaming:** 2003 hatte das Gender-Mainstreaming-Projekt den ersten Gender-Bericht vorgelegt, der die Situation von »Frauen und Männern in der IG Metall« beleuchtete. Aktuelle Zahlen liefert der zweite Gender-Bericht :
▸ **www.extranet.igmetall.de**
→Themen →Gleichstellung
→Gender Mainstreaming
→Broschüren

Zitat

»Was ist der Einbruch in eine Bank gegen das Verspielen einer Bank?«

Der Spiegel auf seiner Titelseite vom 28. Januar frei nach Bertolt Brecht: »Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?«. Der Spiegel berichtet in seiner Titelgeschichte darüber, wie die größten Banken der Welt die Zukunft der Wirtschaft verspielen.



Karikatur: Freimut Woessner

Studie

Nach Arbeitsmarktreformen sinkt die Arbeitslosigkeit nicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Mehrere Institute hatten dazu die Auswirkungen von Strukturenreformen in den wichtigsten OECD-Ländern zwischen 1980 und 1998 untersucht. Sie stellten keinen positiven Einfluss auf die Arbeitslosigkeit fest. In den ersten beiden Jahren nach den Reformen zeigte sich die Konjunktur allerdings gedämpft und die Arbeitslosigkeit stieg an. Innerhalb der Untersuchung wirkte sich eine Lockerung der Kündigungsschutzregelungen sogar negativ aus. Mehr zur Studie gibt es im Internet unter **www.boecklerimpuls.de**.

Bücher

In diesem Buch wird die Alltagswelt von Betriebsräten nicht nur aus der Ferne beschrieben. Sie kommen selbst ausführlich zu Wort. Der Blick wird in erster Linie auf die emotionalen Belastungen gelenkt, denen viele Betriebsräte durch ihre Interessenvertretungsarbeit ausgesetzt sind. Damit wird die subjektive und häufig verdrängte Seite des Betriebsratshandelns beleuchtet. Das Buch dient nicht nur Betriebsräten und Vertrauensleuten zum Nachdenken, sondern allen, die sich fragen, was Interessenvertretung in einer komplexer und widersprüchlicher gewordenen betrieblichen Wirklichkeit psychisch bedeutet und wie man sie gestalten kann.
Erhard Tietel: »Konfrontation – Kooperation – Solidarität. Betriebsräte in der sozialen und emotionalen Zwickmühle«.
Verlag Edition Sigma, 2006. 21,90 Euro